83. Wird die Strafbarkeit der Majestätsbeleidigung durch einen Wahrheitsbeweis ausgeschlossen?

III. Straffenat. Ur. v. 23. Juni 1880 g. D. Rep. 1508/80.

I. Landgericht Hildesheim.

Aus den Gründen:

„Der Instanzrichter hat angenommen, daß an drei von ihm bezeichneten Stellen der zur Frage stehenden Druckschrift Vorwürfe gegen Seine Majestät den Kaiser enthalten seien und zwar die Vorwürfe eines geflüchteten Wortbruches beziehungsweise eines unmoralischen und perfiden Verhaltens, daß hierin der Thatbestand der Beleidigung liege, daß Angeklagter sich der ehrverletzenden Natur der bezeichneten

Stellen bewußt gewesen und daß er mit solchem seinen Dolus begründenden Bewußtsein die Schrift dem Gerichte übersendet habe. Hiermit ist das Vorhandensein der Beleidigung und die Vorsätzlichkeit des Handelns festgestellt.

Die Revision hat wesentlich nur die tatsächlichen Erwägungen angefochten, auf welchen das Urteil beruht. Ein solcher Angriff gegen die Beweiszüchtigkeit eignet sich jedoch nicht für die Revision. Der Revisionsrichter kann nur prüfen, ob in den Feststellungen oder in den Deduktionen des Instanzrichters sich ein Rechtsirrtum erkennbar macht. Dies ist in vorliegender Sache nicht der Fall, auch nicht bei Feststellung des Vorwurfes eines geffentlichen Wortbruches und der hieran geknüpften Erwägung, daß ein solcher Vorwurf unter allen Umständen, also selbst im Falle der Wahrheit der vorbezeichneten Thatumstände, eine Ehrenkränkung begründe.

Die entgegengesetzte Annahme, welche auch im Falle des §. 95 St.G.B.'s gegenüber einer ehrenrührigen Nachrede dem Beweise der Wahrheit rechtliche Bedeutung beimessen wollte, würde mit dem Grundsatz der Unverletzlichkeit des Staatsoberhauptes in Widerspruch treten. Dieser Grundsatz schützt das Staatsoberhaupt zweifellos in Bezug auf alle Regierungshandlungen, welche unter Teilnahme der verfassungsmäßig zur Mitwirkung berufenen und für jene Handlungen verantwortlichen Personen erfolgt sind; er schützt das Staatsoberhaupt aber auch in Bezug auf alle von ihm allein ausgegangenen Akte und auf die Handlungen seines Privatlebens gegenüber allen Angriffen, deren Richtung oder tatsächlicher Erfolg die Verächtlichmachung oder Herabwürdigung des Staatsoberhauptes in der öffentlichen Meinung ist. Jeder derartige Angriff ist, unabhängig von der Wahrheit oder Unwahrheit der zu Grunde liegenden Thatfachen, notwendig ein widerrechtlicher, denn er richtet sich gegen die Ehre des Staatsoberhauptes, welche als integrierender Bestandteil der ganzen Persönlichkeit mit der letzteren selbst unverletzlich und jedem Angriffe entzogen ist, und die Zulassung des Wahrheitsbeweises würde Erörterungen seitens des Gerichts im Gefolge haben, welche mit der erhabenen Stellung des Staatsoberhauptes unverträglich wären."